



---

## Aktueller Begriff Europa

### Die Programmschwerpunkte der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft 2021

---

Am 1. Juli 2021 hat Slowenien die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) übernommen und steht damit zum zweiten Mal seit seinem Unionsbeitritt 2004 dem Rat der EU vor. Slowenien folgt auf den Ratsvorsitz Portugals und bildet den Schlussstein der laufenden 18-monatigen Trio-Ratspräsidentschaft, die im zweiten Halbjahr 2020 von Deutschland begonnen worden war. So bildet das Achtzehnmonatsprogramm des Rates neben der Strategischen Agenda des Europäischen Rates die Basis für Sloweniens **Präsidentschaftsprogramm** unter dem Titel „**Gemeinsam. Widerstandsfähig. Europa.**“ Darin setzt Slowenien insgesamt **vier Prioritäten**, die sowohl von der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und der Bewältigung ihrer krisenhaften wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen geprägt sind, als auch von den fortbestehenden außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen der EU.

Im ersten Schwerpunktbereich „**Resilienz und Aufbau der EU – Strategische Autonomie der EU**“ widmet sich der Vorsitz zum einen in Konsequenz aus den Erfahrungen der Pandemiebekämpfung dem Aufbau der europäischen [Gesundheitsunion](#) und der Stärkung der strategischen Autonomie der Union im Pharmazie- und Medizinproduktesektor. Er kündigt u.a. sein dezidiertes Engagement für den für Ende 2021 avisierten Vorschlag zur Gründung einer neuen [EU-Behörde zur Vorsorge und Reaktion bei gesundheitlichen Notfällen \(HERA\)](#) an. Zum anderen will er Lehren aus der pandemiebedingten Krise in mehrfacher Hinsicht ziehen und die Union gestärkt aus ihr herausführen. So charakterisiert er den Wiederaufschwung der europäischen Wirtschaft auf der Grundlage grünen Wandels, digitaler Transformation und unter Berücksichtigung demographischer Herausforderungen sowie die nachhaltige Erholung in allen Sphären des sozialen Lebens als die zentrale Aufgabe der Union in den kommenden Jahren. Hierzu schreibt er sich zur Bekämpfung der sozialen und wirtschaftlichen Krisenauswirkungen eine wirksame Umsetzung des Wiederaufbaufonds [Next Generation EU](#) und der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#) auf die Fahne und strebt eine schnellstmögliche Verabschiedung der nationalen [Aufbau- und Resilienzpläne](#) an. Besondere Aufmerksamkeit der Präsidentschaft gilt dem zwölf Vorschläge umfassenden [Gesetzgebungspaket der Europäischen Kommission „Fit für 55“](#). Mit dem Paket sollen die Klimaziele der Union, darunter die Senkung der Treibhausgasemissionen um 55 Prozent bis 2030, umgesetzt werden. Der Vorsitz kündigt darüber hinaus ein ambitioniertes Verhandlungsmandat der EU für die 26. UN-Klimakonferenz in Glasgow im November 2021 an. Einen starken Fokus will er auf verschiedene Aspekte der Digitalisierung richten. Dabei spannt er den Bogen von einer verbesserten Resilienz gegenüber großangelegten Cyberangriffen über die Stärkung der digitalen Autonomie der EU durch verbesserte digitale Infrastruktur und günstige Bedingungen für technologische Entwicklungen bis hin zur Fortentwicklung des digitalen Binnenmarktes durch die Modernisierung der Wettbewerbsregeln und des Verbraucherschutzes. Letzteres soll insbesondere durch das Vorantreiben der Verhandlungen über die Vorschläge für das sog. [Gesetz über digitale Märkte](#) (DMA) und das sog. [Gesetz über digitale Dienste](#) (DSA) erfolgen.

Unter dem Titel seiner zweiten Priorität „**Konferenz zur Zukunft Europas**“ kündigt der Vorsitz an, den Rahmen für eine umfassende öffentliche Debatte über die wichtigsten Herausforderungen zu schaffen, denen sich die Union in den kommenden Jahren stellen muss. In die slowenische Amtszeit fällt der Hauptteil des am 9. Mai 2021 gestarteten und auf die breite Diskussion insbesondere institutioneller Reformoptionen zielenden Konferenzformats. Der Vorsitz plant, zwei Versammlungen des



[Konferenzplenums](#), mehrere [Europäische Bürgerforen](#) und eine Reihe international besetzter Veranstaltungen auszurichten. Im September 2021 wird das [16. „Bled Strategic Forum“ zur Zukunft Europas](#) veranstaltet, zu dem ehemalige EU-Staats- und Regierungschefs eingeladen werden, um sich öffentlich über die grundlegenden strategischen Herausforderungen der EU auszutauschen und dabei auch bislang nicht vertiefte Reformmöglichkeiten zu debattieren.

In ihrem dritten Schwerpunktbereich **„Eine Union, die die europäische Lebensweise, Rechtsstaatlichkeit und gleiche Maßstäbe für alle fördert“** verschreibt sich die slowenische Ratspräsidentschaft der gleichberechtigten Achtung der grundlegenden Werte und Prinzipien der EU, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, für die sie zugleich die Hauptverantwortung bei den demokratisch gewählten Institutionen und ihren Vertretern verortet. Sie bekennt sich einerseits zu dem vom deutschen Ratsvorsitz 2020 eingeführten [neuen Konzept des länderspezifisch orientierten Rechtsstaatsdialogs des Rates](#) und kündigt dessen Fortführung an. Sie betont andererseits, dass dieser objektiv und transparent funktionieren, die Gleichheit und nationale Identität der Mitgliedstaaten respektieren und auf ein besseres Verständnis für verschiedene verfassungsrechtliche Lösungen in den Mitgliedstaaten zielen müsse. Die slowenische Ratspräsidentschaft fordert, bei den Untersuchungen zur Rechtsstaatlichkeit einem ganzheitlichen, fachlichen und rechtsvergleichenden Ansatz zu folgen und die Debatten weitgehend zu entpolitisieren. Sie spricht sich für die Errichtung einer Europäischen Stiftung für Verfassungsdemokratie aus, die die nach ihrer Ansicht bestehende Lücke bei der Überwachung der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten durch die Unionsinstitutionen schließen werde. Diese Initiative wird kritisch bewertet, da sie darauf ziele, ein alternatives Verständnis der Rechtsstaatlichkeit zu etablieren und damit einen Gegenpol zu dem der Unionsinstitutionen zu schaffen (vgl. [European Council on Foreign Relations](#)).

Unter seiner außen- und sicherheitspolitischen Priorität **„Eine glaubwürdige und sichere EU, die Sicherheit und Stabilität in der Nachbarschaft gewährleisten kann“** fokussiert sich der slowenische Ratsvorsitz auf die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und der transatlantischen Beziehungen, auf eine glaubwürdige Fortführung des Beitrittsprozesses mit den Staaten des westlichen Balkan, auf die Wiederherstellung der vollen Funktion des Schengen-Raums sowie auf die politische Konsensfindung zum neuen Migrations- und Asylpaket. Er sichert den Westbalkanländern seine besondere Aufmerksamkeit zu und kündigt die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses nach Maßgabe der [erneuerten Methodologie der EU](#) sowie den EU-Westbalkan-Gipfel an, der am 6. Oktober 2021 stattfinden soll. Zur wirksameren Bewältigung des Migrationsdrucks auf die EU zielt der Ratsvorsitz auf die Bekämpfung des Problems der illegalen Migration bereits an seinem Ursprung, einen wirksameren Außengrenzschutz der EU, ein funktionierendes Asylsystem, eine konsequentere Rückführungspolitik für Personen ohne anerkannten internationalen Schutz sowie eine engere Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern. Hierzu will er signifikante Fortschritte bei den Verhandlungen zum [neuen Migrations- und Asyl-Paket](#) erreichen und sich für die weitere Koordinierung der Asylsysteme der Mitgliedstaaten und für einen politischen Konsens über die Umsetzung der Konzepte von Verantwortung und Solidarität einsetzen. Schlaglichter wirft das Programm darüber hinaus auf das Engagement des Vorsitzes für die Ausgestaltung des [Strategischen Kompasses](#) der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, für den Kampf gegen Terrorismus sowie religiöse und ideologische Radikalisierung, die Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Cybersicherheit und Bekämpfung hybrider Bedrohungen.

Am 1. Januar 2022 wird Frankreich den Vorsitz im Rat der EU übernehmen.

#### Quellen

[Arbeitsprogramm der Slowenischen Ratspräsidentschaft](#); [Vorläufiger Tagungskalender](#) des slowenischen Ratsvorsitzes vom 29. Juni 2021, [Achtzehnmonatsprogramm des Rates](#) (1. Juli 2020–31. Dezember 2021), [Strategische Agenda des Europäischen Rates 2019-2024](#) vom 20. Juni 2019.